



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Verhandlungen. Diplomaten und Regierungsmitglieder haben in diesem Jahre wenig Muße, auf Urlaub zu gehen. Die Welt steht im Zeichen der Verhandlungen. Die Zukunft Oberschlesiens verschleiert sich von Woche zu Woche stärker. Wie rege hinter dem Aushängeschild des Völkerbundes die Verhandlungen zwischen sämtlichen mehr oder minder beteiligten Mächten geführt werden, beweisen die sich jagenden Nachrichten über immer neue Kombinationen und Kompromißentwürfe. Aus Warschau stammt eine Nachricht der Pariser Presse, die von einem englischen Plane eines deutschen Bundesstaates Oberschlesien spricht. An anderer Stelle wird die Autonomisierung Oberschlesiens unter der Kontrolle des Völkerbundes nach dem Muster des Saargebietes erwogen, ein Plan, der nicht nur in striktem Widerspruch zum Versailler Vertrage steht, sondern auch gerade im Hinblick auf das Saargebiet für Deutschland keineswegs Günstiges verspricht. Eine andere Meldung geht dahin, daß eine neue Abstimmung in Oberschlesien vorgenommen werden soll. In welchem Maße man bestrebt ist, die Gegensätze zwischen den beiden großen Gegnern England und Frankreich (bedeutungsvollerweise nicht etwa zwischen Deutschland und Polen) zu mildern oder zu verwischen, geht aus den Gerichten über die Vermittlungstätigkeit des tschechischen Außenministers hervor, der sich bereits mehrfach als wohl informierter, behutsamer und geschickter Diplomat erwiesen hat, aber naturgemäß dazu neigen würde, Polen und Deutschland gegeneinander auszuspielen und den durch die polnisch-rumänischen Abmachungen übermächtig gewordenen nördlichen und teilweise noch immer gefährliche Sympathien für Ungarn bezeugenden Gegner auf Deutschland abzulenkten. Auf die Fähigkeiten der Großmächte beziehungsweise des Völkerbundes, dessen Genfer Tagung im Zusammenhang besprochen werden soll, werfen all diese Vorgänge ein Licht, das ungünstiger kaum gedacht werden kann, und nicht gerade geeignet ist, das Vertrauen der regierten Massen in die Regierenden, deren zunehmend erschwerten Arbeiten Lloyd George neulich mit zutreffenden Worten gekennzeichnet hat, zu erhöhen.

Inzwischen haben diese Verhandlungen und die noch fortdauernden und ohne Erfolg fortgesetzten englisch-französischen Besprechungen über das Pariser Finanzabkommen vom 13. August doch das Gute gehabt, daß die Kreise in Frankreich, die zur Besinnung kommen wollen, immer weiter werden. So hat sogar das chauvinistische „Echo de Paris“ von dem früheren Handelsminister Isaac einen Brief erhalten, der sich gegen die Überreizung des Nationalismus in allen seinen Formen wendet. Frankreich habe kein gutes Beispiel gegeben, und die systematische Wiederanwendung seines vor dem Kriege bestehenden allgemeinen Zolltarifes sei ebenso irrig gewesen, wie der Wunsch, bei allen Gelegenheiten, die seit dem Frankfurter Frieden unpopulär gewordene Meistbegünstigungsklausel abzuschaffen, die doch keineswegs nur Nachteile habe. Der Augenblick scheine gekommen, in alle wirtschaftlichen Verhandlungen etwas mehr Geschmeidigkeit hineinzubringen. „Tatsächliche Konzessionen bereiten nützliche Gegenseitigkeiten vor und haben mehr Wert als Grundzüge des Fremdenhasses, die zu einer Vernichtung des Geschäftslebens führen würden.“ Von solchen Äußerungen bis zur aktiven Durchführung einer Zusammenarbeitspolitik, die auf Annexionen, beleidigende Roheiten und Gewalttaten verzichtete, sind natürlich noch viele Schritte. Sie werden keineswegs erleichtert, wenn immer neue Streitereien und Gegensätze zwischen München und Berlin den ausgesprochenen französischen Chauvinisten, die für eine Aufteilung des Deutschen Reiches in Bundesstaaten eintreten, recht zu geben scheinen. Zu welchen überflüssigen Kleinlichkeiten diese Gegensätze bisweilen ausarten, zeigt der Fall des Sonderberichterstatters des „Matin“, der eine Woche lang (ein Journalist!) auf seinen Paß warten muß, weil der bayrische Minister des Äußeren sich nicht entschließen kann, das Verlangen des Reichsministers des Äußeren nach Bewilligung der Einreise des Korrespondenten nach Bayern zu erfüllen. Hunderttausende werden alljährlich für Propaganda- und Annäherungs-

zwecke von amtlicher wie privater Seite ausgegeben. Ist man sich bewußt, daß man durch derartige bürokratische Schikanen, die vielleicht nicht einmal gegen den „Matin“ selbst, sondern nach echter deutscher Art vor allem gegen Deutsche gerichtet sind, die Ergebnisse solcher Arbeit wieder zunichte machen kann? Gewiß ist der „Matin“ kein deutschfreundliches Blatt; da wir aber die Franzosen nicht hindern können, in Deutschland nach ihrem Belieben herumzureisen und in welchem Sinne immer zu berichten, hat es nicht den geringsten Zweck, in ihrem Lande einflußreichen Journalisten unnötige Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Verhandlungen zwischen England und Irland haben noch immer kein Ergebnis gezeitigt, und es hat den Anschein, als ob der an vielen Stellen vorhandene gute Wille zu einer beiderseits annehmbaren Einigung zu kommen, von wenigen Unentwegten und Mißtrauischen lahmgelegt wird. Doch verrät der letzte irische Vorschlag, der laut „York World“ dahin geht, daß Irland Ulster alle Privilegien geben wird, die ihm selbst durch das Homerulegesetz gegeben wurden, daß man an ein endgültiges Scheitern der Verhandlungen auch auf irischer Seite nicht recht glauben will und sich hüten möchte, den Bogen zu überspannen. Die Schwierigkeit beruht im wesentlichen darauf, daß nicht einfach Gegner gegen Gegner steht, sondern beide Parteien ihrerseits noch einen gemeinsamen Gegner: Ulster, der sich sowohl allen extremen Vorschlägen wie allen Kompromissen widersetzt, vor oder zwischen sich haben. Wie nötig England eine baldige Einigung braucht, zeigen die Betrachtungen des „Star“ vom 8. September über die Entwicklung des noch immer unter den Folgen des Kohlenstreiks leidenden britischen und des deutschen Handels. Während der Umfang des englischen Überseehandels unter die Hälfte des Betrages des vorjährigen gesunken sei (von 114 Millionen Pfund auf 51 Millionen bei einer Einfuhr von 88 Millionen Pfund für August 1921 und 64 Millionen Pfund für August 1920) werde die deutsche Industrie derartig mit Aufträgen überschwemmt, daß zahlreiche Branchen nicht in der Lage seien, weitere Aufträge anzunehmen. Bedrohlicher erscheint diese Statistik noch, wenn man die Einzelheiten betrachtet. So zeigt für den Monat August im Vergleich mit dem gleichen Monat vorigen Jahres die Ausfuhr von Kohlen eine Verminderung von über zwei Millionen Pfund Sterling, die von Eisen- und Stahlwaren von neun, die von Baumwollwaren von fast 25 Millionen und die von Wolle von fast acht Millionen Pfund.

Diese bedrängte Lage hat übrigens die englische Außenpolitik nicht gehindert, ihre Vorbereitungen für die Washingtoner Konferenz mit großer Umsicht und anscheinend mit viel Erfolg zu treffen. Dabei hat die Annahme, daß Lord Northcliffe eine sehr bedeutende Rolle gespielt hat, viel Wahrscheinlichkeit für sich. Der ungewöhnliche Zwischenfall der „Times“ wäre sonach nur als ein Manöver zu buchen gewesen, die Unabhängigkeit Northcliffes von der offiziellen englischen Regierungspolitik in auffälliger Weise darzutun. Wie dem aber auch sei, jedenfalls bedeutet die amerikanische Einwilligung in (an sich ganz selbstverständliche und allgemein übliche) Vorverhandlungen, die zunächst von Amerika abgelehnt wurden, einen Erfolg Englands, das die Gegensätze zwischen Washington und Tokio zu seinem Vorteil auszunutzen versteht und hier vielleicht ein ähnliches Spiel zu spielen versucht, wie auf dem Kontinent mit Frankreich und Deutschland. Der Leidtragende dabei ist zunächst Japan, welches die Nachricht von Vorverhandlungen mit großer Überraschung aufgenommen hat und jetzt fürchtet, daß die Abrüstungsvorschläge dahin lauten werden, Japan müsse sich mit einer Kriegsflotte begnügen, die zu der amerikanischen in einem Verhältnis von 2:3 stehe. Dem britischen Inselreich dagegen wird „Daily Express“ zufolge eine Ausnahmestellung zuerkannt, über deren praktische Folgen man sich mit Leichtigkeit werde einigen können. Soweit man absehen kann, wird also von englischer Seite versucht werden, auf Japan einen Druck auszuüben. Dieses Spiel wird sich, wenn die Amerikaner nicht Augen und Ohren offen halten, noch häufig genug wiederholen. England wird bald verbunden mit Amerika gegen Japan, bald verbunden mit Japan gegen Amerika stehen und mit Sicherheit darauf rechnen

können, daß der Fall einer Einigung Amerikas und Japans ihrerseits gegen England einstweilen nicht eintreten wird. Diesem Erfolg gegenüber verschlagen gewisse lokale Mißerfolge wie die Annullierung des letzten zwischen England und Persien bestehenden Vertrages, die von „Daily Telegraph“ gemeldet wurden, wenig.

Daß aber doch Amerika keineswegs geneigt ist, sich von England auch in anscheinend untergeordneten Angelegenheiten in den Hintergrund drängen zu lassen, beweist die von „Daily Mail“ besprochene Antwort der Vereinigten Staaten auf die Anfrage der Alliierten bezüglich der Mandate, in der erneut der Anspruch Amerikas, in allen die Besetzung der in Rede stehenden Gebiete betreffenden Fragen gehört zu werden, erhoben wird. Ganz ähnlich wie in dem Friedensvertrag mit Deutschland und Österreich will Amerika, obwohl es den Völkerbund ablehnt, auch hier überall, wo eine Gleichstellung möglich ist, als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes betrachtet sein und ohne Zustimmung Amerikas sollen keine Mandate geändert werden. Aus all dem geht hervor, daß Amerika keineswegs gewillt ist, wie doch immer wieder beteuert wird, die europäische Diplomatie sich selbst zu überlassen. Amerika schweigt nur da, wo ihm aus innerpolitischen Rücksichten eine Äußerung unangenehm ist, erscheint aber sofort auf dem Plane, wo seine materiellen Interessen irgendwie in Frage kommen. Es ist nicht zu verkennen, daß hierdurch ein neues sehr bedeutsames Element der Unsicherheit in die politische und diplomatische Lage Europas hineingetragen wird.

Was die Russen mit ihren erst so lauten Hilferufen an Europa, danach aber mit ihrer scharfen Ablehnung europäischer Hilfsaktionen bezweckt haben, ist noch nicht ganz deutlich zu übersehen. Möglich, daß dies Hin und Her ein Ausdruck der inneren Stöße ist, die sich innerhalb der Sowjetherrschaft oder genauer gesagt, im Kreis der Machthaber auswirken, unter denen jetzt Fanatiker gegen Realisten, Theoretiker gegen Praktiker, Genießer gegen Staatsmänner stehen. Dagegen haben die griechisch-türkischen Angelegenheiten insofern eine Klärung erfahren, als die militärische Überlegenheit der Griechen nun wohl endgültig dargetan worden ist, die Griechen selbst jedoch belehrt durch ihren Mißerfolg bei Esfi-Gehir, sich durchaus bewußt zu sein scheinen, daß militärische Erfolge noch lange nicht politischen gleichzusetzen sind. Infolgedessen hat denn auch Griechenland durch ein Interview seines Gesandten in der römischen „Epoca“ die Mächte um Vermittlung angehen lassen, was den Griechen den Anschein großer Mäßigung und die Möglichkeit gibt, als Lohn für diese Mäßigung der Verwirklichung ihrer von griechischen Blättern in den letzten Tagen wieder mit erneutem Nachdruck zum Ausdruck gebrachten Ansprüche auf Konstantinopel näherzukommen. Der Nutznießer dieses griechischen Erfolges wird, wie man in Frankreich längst mit Unbehagen erkannt hat, wiederum England sein.

Menenius

Bücherschau

Geschichte I

Hartmut Piper, Altern und Neugeburt im Völkerleben. Ein Beitrag zu Deutschlands Neugeburt. Hamburg. 1921. W. Genie Wissenschaftlicher Verlag. M. 15.—.

Eine eigentümliche beziehungsreiche Geschichtsphilosophie, welche allerdings der Gefahr des Schematisierens so wenig entgeht wie Lamprecht oder Spengler und die Befangenheit aller derartigen, nach Elitettierung des Geschehens künftigen Geschichtsdeutungen nicht verleugnen kann.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Die Vernunft in der Geschichte. Einleitung in die Philosophie der Weltgeschichte. Auf Grund des aufbehaltenen handschriftlichen Materials neu herausgegeben von Georg Lasson. 2. Auflage. Verlag von Felix Meiner. Leipzig. 1921. Der Philosophischen Bibliothek Band 171a. Preis br. M. 17.50, geb. M. 24.50.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Die Orientalische Welt. Auf Grund des aufbehaltenen